

RESOLUTIONSANTRAG

der Abgeordneten Schagerl, Ing. Hofbauer und Waldhäusl

zur Gruppe 1 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2016,
Ltg.-670/V-3-2015

betreffend NÖ Zivilschutzverband

Der Schutz des Menschen ist vorrangiges Ziel des Zivilschutzes. Mit dem Zivilschutz möchte der Staat seinen Bürgern helfen, Katastrophen und Notsituationen verschiedensten Ursprungs bestmöglich zu bewältigen.

Die letzten Jahre haben uns deutlich gezeigt, wie vielfältig und komplex Katastrophenereignisse in ihrem Umfang und ihren Auswirkungen sein können.

Neben den sog. Naturkatastrophen (u.a. Hochwässer, Unwetter, Stürme), von denen Niederösterreich gerade in den letzten Jahren mehrmals stark betroffen war, bergen auch die fortschreitende Technisierung und der zunehmende Verkehr immer höhere Risiken (Eisenbahnunglücke, Flugnotfälle, Schiffsunglücke, Industrieunfälle). Nicht zuletzt aus aktuellem Anlass ist künftig auch dem Ausfall kritischer Infrastruktur (Strom, Energie) besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Auch Gefahren, die sich durch die Übertragung von Krankheiten ergeben können, müssen in unserer mobilen Welt ernst genommen werden.

Es ist das Ziel des Zivilschutzverbandes, die Menschen auf die Gefahren des Alltags, aber auch auf größere Schadensereignisse vorzubereiten und sie dafür zu rüsten. Besonders wichtig ist dabei, die Menschen dabei zu unterstützen, die Gefahrenmomente rechtzeitig zu erkennen und dadurch Unfälle zu verhindern sowie durch richtiges Verhalten im Schadensfall die negativen Auswirkungen so gering wie möglich zu halten.

Zur Erreichung dieses Zieles bietet der NÖ Zivilschutzverband zahlreiche Vorträge, Schulungen und Veranstaltungen, um möglichst vielen Bürgern unseres Landes,

Wissen und praktische Fertigkeiten zu vermitteln. Das erworbene Wissen soll ihnen ermöglichen, im Falle einer Gefahr schnell und richtig zu handeln.

Das erfordert natürlich auch, dass gerade der NÖ Zivilschutzverband mit genügend finanziellen Mitteln ausgestattet wird, um den oben genannten Bedrohungen im Ernstfall entgegenwirken zu können.

Die Gefertigten stellen daher den

A n t r a g :

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, danach zu trachten, dass weiterhin durch entsprechende Zuwendungen aus Landesmitteln die Arbeit des NÖ Zivilschutzverbandes, so z.B. bei der Motivation der NÖ Landesbürger zur Eigenverantwortung erbracht werden kann.“